



**Motion von Cornelia Stocker und Maja Dübendorfer Christen
betreffend Änderung der Gebührenordnung des Kantons Zug
vom 21. April 2011**

Die Kantonsrätinnen Cornelia Stocker, Zug, und Maja Dübendorfer Christen, Baar, haben am 21. April 2011 folgende Motion eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat einen Vorschlag zu unterbreiten, damit auf kommunaler Ebene zukünftig die Kosten und Gebühren von schulergänzender Betreuung autonom geregelt werden können. Die Gebührenordnung des Kantons sei darum so anzupassen, dass Angebote in der familienergänzenden Kinderbetreuung nicht davon betroffen sind.

Begründung:

Die Gebühren und Tarife für schulergänzende Betreuung sollen nicht nach dem Einkommen, sondern nach dem Betreuungsaufwand verrechnet werden. Dieses freiwillige Angebot ermöglicht der Betreuungsperson einer Tätigkeit nachzugehen, die allenfalls nicht mit dem Stundenplan ihrer schulpflichtigen Kinder übereinstimmt. Da aber zum Beispiel eine wertvolle und ausgewogene Ernährung für die körperliche und geistige Entwicklung unserer Kinder sehr wichtig ist, muss unter anderem auch dieses Angebot allen gleichberechtigt zur Verfügung stehen. Die Stadt Zug ist dazu in der Lage. Sie bietet solche Angebote seit mehreren Jahren zu einem Pauschaltarif an, ohne dass der Kanton je interveniert hat. Der Kanton seinerseits verlangt zum Beispiel für die an der Kantonsschule subventionierten Mittagessen auch keine Bezahlung nach steuerbarem Einkommen. Das ist auch richtig so. Und im Vergleich mit den Kosten einer Tagesschule sind diese „Vergünstigungen“ absolut angemessen.

Benutzer von schulergänzender Betreuung, welche in eine höhere Tarifstufe gehören würden, bezahlen logischerweise auch dementsprechend mehr Steuern. Dies muss hier unbedingt berücksichtigt werden. Auch der Bürokratie-Aufwand muss dringend in Grenzen gehalten werden.

Würde der Kanton auf der Kostenberechnung nach steuerbarem Einkommen für die schulergänzende Betreuung beharren, so müsste konsequenterweise auch bei den Altersheim-Tarifen ein Paradigmenwechsel erfolgen. Ein Ausspielen der Generationen kommt für uns nicht in Frage. Zudem soll die Gemeindeautonomie nicht geschmälert werden.